

Studentenschaft der TH Darmstadt
Körperschaft des öffentl. Rechts
- Parlamentspräsidium -

INFO

Darmstadt, 8. Dez. 1975

E i n l a d u n g

zur Sitzung des Studentenparlaments am Dienstag, 16.12.75, 19.30 Uhr,
im Saal 11/23.

Tagesordnung:

1. Feststellung der TO
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
3. Bericht Stupa-Präsidium (u.a. Vollversammlung)
4. Bericht AStA (u.a. Aktionstage, Demonstration)
5. 3. Lesung Haushaltsabschluß 1974
6. Anträge Ausländerausschuß
7. Antrag SHB
8. Verschiedenes

gez. Weidner

fid magister Masse aus

betr.: Unterschriftensammlung zur Abrüstung

Das STUPA der THD fordert den ASTA auf, die vom ASTA der PH Rheinland initiierte Unterschriftensammlung zur Notwendigkeit von Abrüstungsmaßnahmen zu unterstützen und mitzutragen.

Begründung:

Die von Verteidigungsminister Leber betriebene Fortsetzung der Hochrüstung und der daraus resultierende Militäretat in Höhe von real fast 44 Milliarden DM stehen im Widerspruch zu den Möglichkeiten und Erfordernissen der internationalen Entspannung. Besonders der erfolgreiche Abschluß der KSZE schafft die Grundlage für eine umfassende Sicherung und den Ausbau des Friedens in Europa, für eine Politik der Abrüstung und für die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, des Umweltschutzes und humanitärer Maßnahmen auf der Grundlage der Respektierung der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme von Ost und West!

Ausgehend von diesen Bedingungen haben die Niederlande und England bereits mit der praktischen Umsetzung dieser Politik begonnen und konkrete Abrüstungsschritte eingeleitet.

Durch die Unterstützung der Unterschriftensammlung können wir unsere Bereitschaft dokumentieren, an der Sicherung des Friedens konstruktiv mitzuwirken

Selbstverständlich reicht die Unterschrift alleine nicht aus; für die politische Praxis der BRD bedeutet das:

- konsequent den politischen und ideologischen Kampf gegen Kalte Krieger und Entspannungsfeinde zu führen, wie sie vor allem in der CDU/CSU und den Revanchistenverbänden der Heimatvertriebenen organisiert sind
- die Ursachen der Kriege aufzudecken und friedens- und entspannungsfeindliche Lehrinhalte aus Schulen und Hochschulen zu verbannen
- für eine militärische Entspannung durch umfassende Abrüstungsmaßnahmen zu kämpfen, für Kürzung des Militärhaushalts und Reduzierung der Truppen

Die Durchsetzung dieser Politik wird unter der Voraussetzung möglich sein, daß die demokratischen Organisationen in der BRD und breite Teile der westdeutschen Öffentlichkeit für die Ausfüllung der Dokumente von Helsinki ebenso wie für einen konstruktiven Beitrag der BRD bei den MBFR- Verhandlungen in Wien eintreten.

Nun gilt es vor allem, die Möglichkeiten zu nutzen, die ungeheuren Rüstungslasten zugunsten von Sozial- und Bildungsausgaben abzubauen, also für die Finanzierung materieller und gewerkschaftlicher Forderungen, sowohl der Arbeiter und Lehrlinge, als auch der Schüler und Studenten, eine Senkung des Rüstungshaushalts in Angriff zu nehmen. Darüberhinaus halten wir Rüstungsausgaben aus folgenden Gründen für unbedingt parasitär:

- weil er eine ungeheure Verschleuderung volkswirtschaftlicher Ressourcen darstellt
- weil er eine permanente Quelle von Inflation ist
- dient er der kurzfristigen Profitrealisierung nationaler und internationaler Rüstungskonzerne, keineswegs aber den Interessen der arbeitenden Bevölkerung
- die Geschichte beweist, daß Aufrüstung und Militarismus in den meisten Fällen entweder zur Führung von imperialistischen Aggressionskriegen nach außen oder zur Unterdrückung von revolutionären Bewegungen nach innen dienen; Tatsache ist jedenfalls, daß Rüstung bisher noch nie einen Krieg verhindert hat

Wir wissen, daß auch innerhalb der Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsjugend und einiger DGB-Gewerkschaften Gruppen existieren, die für Abrüstungsmaßnahmen Partei ergreifen

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Pawelczyk hat z.B. folgendes gekoppelte Vorgehen zur Abrüstung vorgeschlagen:

- Gleichzeitige Verringerung einheimischer und stationierter Truppen
Das bedeutet: Nach einem fest vereinbarten Zeitpunkt werden gleichzeitig ein bestimmter Prozentsatz von Stationierungstreitkräften aus dem Reduzierungsraum ~~entlassen~~ herausgenommen und einheimische SSoldaten entlassen

- Phasenverschobene Verringerung: Stationierungstreitkräfte werden in verabredetem Umfang herausgenommen, einheimische Truppen dagegen mit oder ohne feste Vereinbarung zu einem späteren Zeitpunkt abgebaut
Herausnahme bestimmter Streitkräfte-Elemente. Das heißt: Asymmetrien werden in der Weise abgebaut, daß jede Seite die Streitkräfte-Elemente reduziert, bei der sie eine Überlegenheit besitzt

Unseres Erachtens kann dieser Vorschlag durchaus den Weg weisen, den die westlichen Staaten gehen könnten, um ein konstruktives Programm für die Wiener Verhandlungen zu entwickeln. Dabei wird unsererseits keineswegs das Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung aus dem Auge verloren.

Wir wenden uns besonders an jene Jungsozialisten, für die die antimilitaristische Tradition der Sozialdemokratie nicht bloß Gegenstand von historischem Interesse ist, sondern gerade jetzt Anknüpfungspunkt für einen konsequenten Kampf gegen Aufrüstung und Militarismus und für Abrüstung und Friedenssicherung darstellt.

verträgt auf nächster
Stunde

(6)

Darmstadt, 25. 11. 75

Das Studentenparlament der Technischen Hochschule Darmstadt
möge beschließen:

Der AStA wird aufgefordert, einen Teil der Vorbereitungskosten
zur Vietnamwoche in Höhe von DM 500,-- dem Vietnamesischen Stu-
dentenverein Darmstadt zur Verfügung zu stellen.

Antragsteller: Ausländerausschuß

Vertrag: nächste Stupa
- Sitzung

6
We

Antrag Stupa/TH:

Das Stupa möge beschließen:

Das Studentenparlament der TH/Da unterstützt den Kampf des omanischen Volkes für Unabhängigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung.

Der ASTA wird beauftragt, eine Veranstaltung durchzuführen, um die Studentenschaft breit über die gerechten Ziele des Kampfes des omanischen Volkes gegen Imperialismus und einheimischer Reaktion zu informieren. Weiterhin werden die Vertretungskörperschaften der TH/Da diesen Kampf auch materiell unterstützen, was z.B. auch in Form einer Patenschaft für ein bestimmtes Projekt (Aufbau eines Schulwesens im befreiten Gebiet Dhofar) geleistet werden kann.

*
aufgesetzt

Begründung:

Das Volk von Oman, ein Sultanat im Süden der arabischen Halbinsel am arabisch-persischen Golf, wird vom feudalen Sultan-Regime und vom Imperialismus ausgebeutet und in Rückständigkeit gehalten. Obwohl 30% des auf der Welt geförderten Erdöls aus dem Golfgebiet kommen und 60% der Welterdölreserven dort liegen, leben die Volksmassen nahe am Verhungern, gibt es Schulen nur für die Reichen und keine Gesundheitsversorgung.

Die Reichtümer des Landes werden hemmungslos von imperialistischen Monopolen ausgeplündert. Um das Volk niederzuhalten, das über seine Reichtümer selber verfügen will, beteiligen sie das wankende Sultan-Regime an Profit, rüsten es militärisch und wirtschaftlich für die Unterdrückung des Volkes aus. Die Beteiligung des BRD-Imperialismus nimmt dabei ständig zu. Über 50% der Erdölimporte der BRD kommen aus dem Golfgebiet. Westdeutsche Firmen, investieren verstärkt in Oman. Die Strabag hat das Monopol für den Straßenbau, der der militärischen Beherrschung und Ausplünderung des Öls dient. Siemens profitiert vom Aufbau eines Farbfernsehnetzes dort, Gelsenberg sichert sich Bohrkonzessionen an der Küste, Mercedes-Benz liefert die Staatskarossen und LKW's.

Für die Beendigung der Ausplünderung des Landes und des Elends hat sich das Volk erhoben. Es hat sich in einer nationalen Befreiungsfront zusammengeschlossen, der Volksfront für die Befreiung Omans - PFLO - und kämpft seit 10 Jahren unter ihrer Führung für die Unabhängigkeit des Landes, die Befreiung des Volkes und sozialen Fortschritt.

Bis 1973 konnte es 95% der Südprowinz Omans, Dhofar, befreien, die Imperialisten und ihre lokalen Helfeschleifer vertreiben und daran gehen, diesen bisher ärmsten und rückständigsten Teil Omans aufzubauen. Die Bauern, Hirten und Fischer erklärten das lebensnotwendige Wasser zum Gemeineigentum, bauten die ersten Schulen, ein Gesundheitszentrum und die erste Straße. Volksräte wurden gebildet, demokratische Organe der Volksherrschaft, die aus den Bauern eines Dorfes, Angehörigen der Volksmiliz und der Volksbefreiungsarmee bestehen. Sie regeln alle Angelegenheiten bis hin zu den Beschlüssen, die die Politik der PFLO bestimmen. Die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am Kampf führte sie aus der jahrhundertelangen besonderen Unterdrückung und Entrechtung. Durch den Aufbau von Schulen können heute 75% der Volksmiliz und der Befreiungsarmee lesen und schreiben.

Um die Bodenschätze Omans weiter auszuplündern, den Sturz des Sultans und die Befreiung des Volkes zu verhindern, führen die Imperialisten einen brutalen Krieg zur Vernichtung des Widerstandes des omanischen Volkes, der selbst vor einem Völkermord nicht halt macht. Von Bombern der britischen Royal Air Force werden die Felder verbrannt, das Vieh erschossen und die Schulzen zerstört. Seit Dezember 1973 sind dem Sultan 11.000 iranische Söldner zur Hilfe geeilt, die die Revolution in Oman "befrieden" sollen.